

Urteil gegen einen Protestredner vom Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Görlitz

Ein Elektroschweißer des Lokomotiv- und Waggonbaus (LOWA), der sich während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 an der Demonstration in Görlitz als Redner beteiligt hatte, erhielt eine vierjährige Zuchthausstrafe.

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Beginn der 17. Juni noch als Arbeiteraufstand, entwickelte er sich schnell zum Volksaufstand weiter. Er nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. SED und Stasi bezeichneten die Vorkommnisse offiziell als einen vom westlichen Ausland gesteuerten "Putschversuch faschistischer Agenten und Provokateure".

Tatsächlich war der 17. Juni 1953 Ausdruck der Unzufriedenheit weiter Teile der DDR-Bevölkerung. Zunächst entzündeten sich die Proteste an sozialen Fragen. Die Menschen stellten Forderungen, die ihren Arbeits- und Lebensalltag betrafen, wie "Senkung der Arbeitsnormen und der HO-Preise". Bald forderten die Demonstranten im ganzen Land jedoch den Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Pressefreiheit, die Freilassung aller politischen Gefangenen und schließlich auch die deutsche Wiedervereinigung.

Während des Volksaufstands besetzten Bürgerinnen und Bürger in Görlitz die SED-Kreisleitung und das Rathaus. Als nächstes zogen sie zur Kreisdienststelle des MfS weiter, in dem sich die sieben Stasi-Mitarbeiter verschanzt hatten. Ihnen stand eine Menge von 4.000 Menschen gegenüber. In dieser Situation begannen die MfS-Mitarbeiter, entgegen geltenden Befehlen, auf die Demonstranten zu schießen. Erst das Militär beendete mithilfe sowjetischer Kampfverbände schließlich die Besetzungen in Görlitz und ließ sämtliche Gebäude von Aufständischen räumen.

Wie die Staatsmacht nach den Ereignissen gegen die Teilnehmer des Aufstandes vorging, zeigt beispielhaft das Verfahren gegen einen Elektroschweißer des LOWA. Er hatte sich am 17. Juni 1953 an der Demonstration auf dem Görlitzer Leninplatz beteiligt und ein paar Worte zu den Demonstranten gesprochen. Der Arbeiter wurde daraufhin zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Andere Beteiligte, die in das Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit eindringen, erhielten noch höhere Haftstrafen.

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AU, Nr. 255/53, BL 47-49

Metadaten

Diensteinheit: Bezirkskreisgericht
Dresden
Überlieferungsform: Dokument

Datum: 7.10.1953
Rechte: BStU

Urteil gegen einen Protestredner vom Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Görlitz

laKs 452/53

Rechtskräftig am 7. Oktober 1953
Dresden, den - 9. Okt. 1953

Urteil.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache

gegen

den am 1927 in Königsberg geborenen, Elektroschweißer,

wohnhaft Görlitz,

z.Zt. U-Haftanstalt Proschhübelstr.,

wegen Verbrechens nach Art. 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit KR Dir. 38, Abschn. II, Art. III A III

hat der Strafsenat la beim Bezirksgericht Dresden in der Sitzung vom 29. September 1953 an der teilgenommen haben:

Oberrichter Frau
als Vorsitzender,

Angestellter, Dresden,
Schulleiter, Freital,
als Schöffen,

Staatsanwalt
als Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft,

Protokollführerin

für Recht erkannt:

Der Angeklagte
wird wegen eines Verbrechens nach Art. 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit KR Dir. 38, Abschn. II, Art. III A III zu

4 - vier - Jahren Zuchthaus

kostenpflichtig verurteilt.

Die obligatorischen Sühnemaßnahmen der Dir. 38, Art. IX Ziff. 3 - 9 werden auferlegt.

Die seit dem 31.8.53 bis mit 28.9.53 erlittene Untersuchungshaft wird auf die erkannte Strafe voll angerechnet.

Urteil gegen einen Protestredner vom Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Görlitz

BSTU
000048

G r ü n d e:

Der Angeklagte ist Umsiedler. Er stammt aus Königsberg im ehemaligen Ostpreußen und ist der Sohn eines Schmiedes. Nach seiner 8-jährigen Volksschulzeit erlernte er den Beruf eines Friseurs. Er hat diese Lehre jedoch nicht beendet, da er sich freiwillig zur faschistischen Kriegsmarine meldete und bei dieser als Matrose bis zu seiner Gefangennahme am 10. Mai 1945 war. Am 6.5.1949 kehrte er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück und begab sich zu seinen inzwischen nach Görlitz umgesiedelten Eltern. Da er in seinem Beruf keine Lehrabschlussprüfung hatte, entschloß er sich als Elektroschweißer umzuschulen. Nach Absolvierung eines dementsprechenden 4-wöchigen Lehrganges war er dann in der VEB Lwa in Görlitz als solcher tätig. Da er gern wieder zur See fahren wollte, meldete er sich im Juni 1950 zur Volkspolizei. Von dieser wurde er dann nach 1 Jahr angeblich aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Anschließend war er dann wieder als Elektroschweißer bei der Lwa.

Während der Nazizeit hat er von 1937 - 38 dem Jungvolk und von 1942 - 44 der HJ angehört. Jetzt ist er seit 1949 im FDGB organisiert. Der FDJ hat er während seiner Zugehörigkeit zur Volkspolizei von 1950 - 51 angehört.

Am 17.6.1953 hatte der Angeklagte Spätschicht. Bereits zu Hause erfolgte er gegen Mittag, daß die Lwa streikte. Er begab sich daraufhin auf den Obermarkt und hörte dort, daß die Menge provokatorische Forderungen stellte u.a. auch den Sturz der Regierung verlangte. Nachdem einer der Provokateure durch das Mikrophon bekanntgegeben hatte, daß Volkspolizei anmarschiere, um die sogenannte Demonstration aufzulösen, begab sich der Angeklagte an das Mikrophon und sprach durch dieses zur Menschenmenge. Er forderte diese auf, der Volkspolizei Widerstand entgegenzusetzen. Später sang er das noch mit anderen dort das Deutschlandlied. Nach der Aufforderung des Provokateurs [REDACTED], sich nach dem Staatssekretariat für Staatssicherheit zu begeben, um dort die angeblich Inhaftierten zu befreien, begab sich auch der Angeklagte mit vor das Gebäude. Er betrat jedoch nur den Vorgarten und beobachtete von dort aus wie [REDACTED] die Menge in das Gebäude eindrang.

Anschließend begab er sich zu seiner Schwiegermutter Mittag essen, ging dann wieder auf die Straße und kam gerade dazu, wie aus dem Gerichtsgefängnis die Gefangenen befreit wurden. Nach einem St. Aufenthalt bei einem Onkel, begab er sich dann wiederum nach dem Obermarkt, wo er hörte, daß in den Betrieben Delegationen [REDACTED] zur Durchsetzung ihrer Forderungen gebildet werden sollen. Der Angeklagte ging daraufhin in seinen Betrieb zurück und nahm an der von den Putschisten einberufenen Versammlung teil. Ca. 200 der Versammelten bewegten sich dann nach dem Gebäude der Werkleitung zu [REDACTED] und der Angeklagte machte sich vor dem Gebäude zum Sprechen, indem er rief: "Jetzt gehen wir hoch und werfen die Bande raus, womit er die Werkleitung meinte. Mit ungefähr 40 Mann lief er an der Spitze mit noch einem anderen in das Vorzimmer des Werkdirektors und rief: "den gerade dort telefonierenden Sekretär, dem Zeugen [REDACTED] zu: "daß nun die Zeit abgelaufen sei und das Spiel aus wäre." Dabei drückte er diesem Zeugen [REDACTED] noch eine fremde Aktentasche unter den Arm und versuchte diesen zur Tür zu drängen. In das Zimmer des Werkdirektors lief er ebenfalls als Erster mit hinein und rief dem dort anwesenden Direktor der Art zu: "Mach dein Parteiabzeichen ab, die Partei hat aufgehört zu existieren." Der dort anwesende Werkleitung erklärte er, daß die Regierung aufgelöst sei und gab alle diese Forderungen bekannt,

Urteil gegen einen Protestredner vom Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Görlitz

35

BStU
000049

- 2 -

die auch auf dem Obermarkt gestellt worden. Am 18.6.1953 begab er sich zwar in den Betrieb, hat jedoch nicht gearbeitet und nur wie die anderen herumstehenden Arbeiter diskutiert. Am 19.6.53 hat er dann seine Arbeit wieder aufgenommen und hat sich anschließend freiwillig auf Montage nach [REDACTED] gemeldet, um wie er angibt, mehr Geld zu verdienen. Der Angeklagte ist ein eifriger Riashörer. Er ist, wie er selbst angibt, durch diesen Hetzsender sowie durch negative Diskussionen mit den Arbeitskollegen und einem Besuch in Westberlin im Jahre 1951 im negativen Sinne beeinflusst worden und hat, wie er selbst angibt, am 17.6.53 geglaubt, daß der Tag gekommen sei, um unsere Regierung zu beseitigen und eine solche Regierung wie sie in Westdeutschland existiert, bei uns aufzurichten zu können. Er hat also bei seinem Verhalten und bei seinen Handlungen am 17.6.53 eine sehr klare Vorstellung von den Vorgängen gehabt und hat sich ganz bewußt auf die Seite der Putschisten gestellt.

Durch sein Verhalten, sowie durch seine aufwiegelnden Worte durch das Mikrophon am Obermarkt in Görlitz und am Abend durch sein provozierendes Verhalten gegenüber der Werkleitung, hat sich der Angeklagte einer Boykotthetze, die gleichzeitig auch eine friedensgefährdende faschistische Provokation ist, schuldig gemacht. Er ist demzufolge nach Art. 6 der Verfassung der DDR und KR Dir. 38, Abschn. II, Art. III A III zu bestrafen. In Exzess Anbetracht des Grades seines verbrecherischen Willens, der bei ihm von egoistischen Motiven mit geleitet wird, hielt das Gericht eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren für angemessen. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft wurde damit entsprochen.

Die obligatorischen Sühnemaßnahmen der Dir. 38, Art. IX Ziff. 3 - 9 wurden auferlegt.

Die Anrechnung der Untersuchungshaft beruht auf § 219 StPO.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 353 StPO.

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

29. 9. 53

1 Urteilsabschrift gefertigt:

1 Hq. Landw. u. m. [REDACTED]

Schn.

gefertigt am 3. 10. 53

2	Urteilsabschrift für	Min. d. Justiz
1	" " "	Bez.-Justizverwaltung
1	" " "	Sammlung
1	" " "	Verteidiger f. Angeklagten
1	" " "	E. St.

2 begl. od. d. m. b. Hschr.

1 Karte gef. Schn.

2. Hq. am 9. 10. 53 Schn.